Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 77 (1970)

Heft: 7

Artikel: Forschung in der Textilindustrie

Autor: Nef, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-678152

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Knapper Sieg der Vernunft

Mit einem Seufzer der Erleichterung hat man am 7. Juni 1970 im Laufe des Abends festgestellt, die direkte Demokratie der Schweiz habe eine Bewährungsprobe bestanden. Die Initiative Schwarzenbach ist mit rund 650 000 gegen 550 000 Stimmen abgelehnt worden. Die Bewährungsprobe ist zwar bestanden worden, aber nicht gerade ruhmreich. Zwar hat die Mehrheit der Stimmbürger die Grundsätze der Vernunft und der Toleranz angewendet und das Ansehen der Schweiz im Ausland konnte einigermassen gewahrt bleiben.

Andererseits möchten wir deutlich sagen, dass es ein Armutszeugnis ist, wenn über eine halbe Million Schweizer Stimmbürger einer solchen Initiative zugestimmt haben. Es ist jetzt unerlässlich, den Gründen dieser Stimmabgabe nachzugehen. Das Feld der Befürworter ist ausserordentlich komplex. Einmal neigten viele der Initiative zu, weil sie einfach eine Abneigung gegen die Fremden im Lande haben, die vielfach auf Motiven des Neides, der Missgunst und der Intoleranz beruht. Viele andere hatten aber Gründe ein Ja in die Urne zu legen, welche aus einem Bereich ausserhalb der Ueberfremdungsdiskussion stammen. Hier war das Ja ein allgemeiner Protest gegen die Zustände der heutigen Zeit, ein Protest gegen die rasche, beunruhigende und kaum mehr übersehbare technische und politische Entwicklung. Viele sehnen sich in die «gute alte Zeit» zurück und wünschen sich eine «Landischweiz» zurück. Bezeichnenderweise trifft dies auf die ältere Generation zu, während allem Anschein nach die jüngere Generation mit grosser Mehrheit diese Bestrebungen ablehnte. Dazu kommt noch eine Schicht, die noch die Krisenjahre erlebte und die heutige Wohlstandsentwicklung nicht mehr ganz mitmachen konnte. Es sind diejenigen, die sich als die «Zukurzgekommenen» fühlen. Auch echte Sorge über eine Uebervölkerung und um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Landes konnte zu einem Ja führen, obwohl damit keines dieser grossen und echten Probleme auch nur teilweise gelöst worden wäre.

Bemerkenswert ist auch die Haltung der bäuerlichen Schichten, die sich teilweise gegen die Industrie wandte, also gegen denjenigen Teil des Wirtschaftskörpers, der den Bauern die besseren Einkommen garantiert.

Der kritische Punkt scheint uns, dass ein tatsächliches Misstrauen gegenüber Behörden und Parlament zum Vorschein gekommen ist. Dieses ist von den Initianten der Ueberfremdungs-Initiative demagogisch hochgespielt worden. Aber es hat doch eine gewisse Neigung und ein gewisses schon vorhandenes Unbehagen beim Stimmbürger gebraucht, damit die immer wieder geäusserten Verdächtigungen, der Bundesrat und das Parlament täuschten das Volk, auf fruchtbaren Boden fielen.

Welches sind die *Konsequenzen dieses Abstimmungsresultates?* Zweifellos müssen wir in Zukunft den wesentlichen *Zivilisationsproblemen* mehr Beachtung schenken. Zu erwähnen ist z. B. die Erhaltung der Natur und Landschaft, die Reinhaltung von Luft und Wasser, der Schutz des Waldes, die Lösung von Verkehrsproblemen und vor allem auch die Lösung des Wohnproblemes. Ganz entscheidend ist ferner die Herstellung einer besseren Kommunikation zwischen Volk und Behörden und die Wiederherstellung eines *gesunden Vertrauens.*

Was den *Arbeitsmarkt* betrifft, muss man damit rechnen, dass das Ziel der Stabilisierung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer in der Schweiz mit grösster Härte durchgesetzt wird. Ja, man spricht in eingeweihten Kreisen bereits davon, diese Stabilisierung auf die Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz auszudehnen. Die Wirtschaft wird also in Zukunft eher mit noch weniger ausländischen Arbeitskräften als bisher auskommen müssen.

Abschliessend muss noch festgehalten werden: Trotz einer relativ knappen Ablehnung handelt es sich um einen Mehrheitsentscheid, der von der Minderheit angenommen werden muss. Die Schwarzenbach-Initiative ist absolut und vollständig verworfen worden und auch die grosse Zahl der Befürworter hat jetzt kein Recht mehr, eine auch nur teilweise Durchführung zu verlangen. Wenn in einer Gemeinde ein Schulhaus-Neubau auch nur mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen oder verworfen wird, dann wird entweder das ganze Schulhaus gebaut oder nicht gebaut. Es wird aber nicht beispielsweise im Verhältnis der Nein- zu den Jastimmen teilweise gebaut. Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass ein Mehrheitsentscheid akzeptiert und integral durchgeführt wird. Allerdings ist trotzdem die Lage nicht mehr die gleiche wie *vor* dem 7. Juni 1970. Ein grosses Unbehagen ist ganz deutlich ans Licht getreten, schwierige Probleme sind bewusst geworden und stehen nun im Brennpunkt des politischen Lebens. Man wird sie lösen müssen, wenn man das Ziel verfolgt, wieder eine Uebereinstimmung der Schweizer Stimmbürger zu erzielen, einen Konsensus, ohne welchen das Land nicht erfolgreich der Zukunft entgegengehen kann. Mehr als jede andere Nation ist die Schweiz eine Willensnation, welche starker, gemeinsamer Ueberzeugungen bedarf. Es ist zu hoffen, dass Dr. James Schwarzenbach nicht den Weg der Teilung des Schweizer Volkes weiterschreitet und neue Aktionen unternimmt, welche die einzelnen Schichten noch weiter auseinanderbringen.

Dr. Hans Rudin

Forschung in der Textilindustrie

Auch die Textilindustrie wird für die Forschung in Zukunft bedeutende Mittel einsetzen müssen, wenn sie an der Spitze des Fortschritts bleiben will. Es war deshalb zeitgemäss, dass der *Verein schweizerischer Textilindustrieller Wolle/Seide/Synthetics* (VSTI) dieses Thema an seiner diesjährigen ordentlichen Generalversammlung behandelte, und es ist sicher richtig, wenn man sich dieser Angelegenheit gemeinsam annimmt – die Forschung in der Textilindustrie interverbandlich zu organisieren sucht. Die nachstehenden Ausführungen sind den Referaten entnommen, welche von *Prof. Dr. Hugo Allemann* (Bern) und *Dr. Andreas Raduner* (Horn) an der Generalversammlung des VSTI gehalten wurden. Dabei ging es vor allem um die staatliche Förderung der anwendungsorientierten Forschung.

Forschung und Entwicklung sind nach Prof. Allemann *Schlüsselfiguren* erfolgreicher unternehmerischer Zukunftsgestaltung. Wenn der Bund und manche Kantone sich bemühten, das Bildungswesen aller Stufen den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen anzupassen, sei es wohl höchste Zeit,

dass die einzelnen Branchen und Unternehmen ihre Zukunftsbedürfnisse erkennten und anmeldeten. Bei der grundsätzlichen Beurteilung der Frage, ob der Staat die wirtschaftlich orientierte Forschung fördern sollte, habe man davon auszugehen, dass im wesentlichen drei Bedürfniskategorien um das schweizerische Forschungspotential buhlten, nämlich erstens die Bedürfnisse der wissenschaftlichen Erkenntnismehrung und -vermittlung, zweitens die Bedürfnisse des allgemein menschlichen nationalen Wohls (z. B. Lebensraum) und drittens die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Die *wirtschaftlich motivierte Forschung* sei im Rahmen der herkömmlichen Forschungsinstitutionen insgesamt nur unzureichend und — vom Branchenbedürfnis her gesehen — sehr ungleich gefördert worden. Deshalb habe die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vom Wissenschaftsrat den Auftrag erhalten, im Rahmen einer zweijährigen Ueberbrückungslösung ein *Konzept für eine umfassende staatliche Förderung* der wirtschaftlich motivierten Forschung auszuarbeiten, das in eine schweizerische Forschungspolitik zu integrieren sei. Im Hinblick auf das zu erarbeitende Förderungskonzept sei u. a. die Frage zu klären, ob sich die finanzielle Unterstützung des Staates wie bisher auf die Forschungen an Hochschulen beschränken oder ob sie auch erwerbsorientierte Privatinstitute und unter bestimmten Bedingungen sogar auch unternehmenseigene Forschungen einzuschliessen hätte. Im weitern sei zu prüfen, welche Auswahlkriterien für die gezielte Unterstützung wirtschaftlich motivierter Forschung in Frage kämen und praktikabel wären, mit welchen Instrumenten sich diese Forschung wirkungsvoll fördern liesse, ohne die Konkurrenzverhältnisse übermässig zu verzerren, wie und durch wen die Forschungsbedürfnisse zu ermitteln und zu gewichten, Forschungslücken auszufüllen und Schwerpunkte durchzusetzen wären.

Vom Standpunkt der *Effizienz* aus sollte die Forschung nach Ansicht von Prof. Allemann an jener Stätte erfolgen und gefördert werden, die sich personell und der Ausrüstung nach hierzu am besten eignet. Es hätten sich bisher folgende *Abgrenzungsmöglichkeiten* abgezeichnet: Das Schwergewicht der direkten finanziellen Unterstützung wirtschaftlich motivierter Forschung sollte bei der Hochschulforschung liegen. In Verbindung damit kämen private Forschungsinstitute sowie Branchenforschungsinstitute in Frage, sofern sie sich für ein bestimmtes Forschungsprojekt besonders gut eignen. Eingehender Abklärung bedürfe vor allem die Frage, ob in *kleinbetrieblich strukturierten Branchen,* in denen unternehmenseigene Forschung wegen der ungenügenden Unternehmensgrösse nicht möglich ist, Forschungsinstitute der gesamten Branche oder wichtiger Branchengruppen durch den Staat besonders gefördert werden sollten. Dies würde einen leistungsverbessernden Ausgleich strukturbedingt ungleicher Startbedingungen ermöglichen.

Voraussetzung für die Unterstützung eines Forschungsprojektes sei selbstverständlich eine *gute wissenschaftliche Qualifikation.* Forschungsthema, Forschungsweg sowie Forscher- und Forschungsstätte müssten erfolgversprechend sein. Massgebliches Auswahlkriterium wäre jedoch das wirtschaftliche Interesse an der Forschung. Bis heute hätten die verfügbaren Förderungskredite annähernd genügt, um die eingereichten Forschungsgesuche von förderungswürdigem wirtschaftlichem Interesse zu unterstützen. Komme jedoch eine neue Konzeption zum Durchbruch, müsste auch bei einem stark vergrösserten Kreditplafond rasch ein Nachfrageüberhang entstehen. In diesem Falle werde sich die Frage der Gewichtung der miteinander konkurrierenden Bedürfnisse stellen. Bei dieser Gewichtung werde es u. a. darum gehen, Anreize zur Schliessung von Forschungslükken oder zur Durchsetzung von Forschungsschwerpunkten zu geben. Die *Ermittlung von Forschungslücken* und die Festlegung von Schwerpunkten im Interessenbereich einer Branche sei in erster Linie *Aufgabe der Branchen und ihrer Organisationen.* Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist nach der Meinung Prof. Allemanns eine die gesamte Branche repräsentierende spezielle Institution erforderlich.

Die *Verschiedenartigkeit* der einzelnen Branchen der Textilindustrie bringe es mit — so knüpfte Dr. A. Raduner hier an —, dass deren Forschungs- und Bildungsbedürfnisse nicht identisch seien. Die Förderung des Nachwuchses zum Beispiel gehe deshalb in der Regel von den einzelnen Sparten aus. Ob und wie weit die Forschungsbedürfnisse der verschiedenen Sektoren der Textilindustrie tatsächlich auseinandergehen, werde die Auswertung der Anfang 1970 durchgeführten Umfrage der sog. Kommission Allemann zeitigen.

Nach einem Blick über die Grenze — Dr. A. Raduner erläuterte kurz die industrienahe Gemeinschaftsforschung der Textilindustrie in Westdeutschland — vermittelte der Referent einen ersten Ueberblick über die Erhebung der Kommission Allemann über die *Forschungsbedürfnisse in der schweizerischen Textil- und Bekleidungsindustrie.* Die Auswertung der dazu eingegangenen Fragebogen sei indessen noch nicht abgeschlossen. *200 Firmen,* welche insgesamt 36 500 Personen beschäftigen, hatten *geantwortet.* 50 % der Unternehmen mit 50—200 Beschäftigten treiben danach selbst Forschung. Bei Betrieben mit mehr als 200 Arbeitnehmern steigt der Prozentsatz auf rund 70 %. Die Gesamtzahl der in Forschung und Entwicklung beschäftigten Personen beträgt 675. Auf die Frage nach den Forschungsbedürfnissen meldeten 80—100 % der Betriebe aller Grössenklassen solche der verschiedensten Art an. Zwei Drittel der grösseren Firmen erachten eine Verstärkung der anwendungsorientierten Forschung als dringend notwendig, während je die Hälfte der mittleren und kleineren Firmen die Intensivierung als wünschbar bezeichnete. Bei der Beantwortung der Frage nach einer finanziellen Förderung der anwendungsorientierten Forschung durch den Bund wurde festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit der Firmen eine Bundeshilfe befürwortet.

Der Gesamtüberblick zeige — so führte Dr. A. Raduner abschliessend aus — ein *eminentes Bedürfnis der Textilindustrie nach einer Verstärkung der anwendungsorientierten Forschung,* was höchst erfreulich sei. Es gelte nun aber, konkrete Massnahmen in die Wege zu leiten, und dies heisse, sich innerhalb der Branche und vielleicht darüber hinaus auf gemeinschaftliche Projekte zu einigen. Es heisse aber auch die Schaffung eines funktionsfähigen Organs der Textilindustrie an die Hand zu nehmen, mit der Aufgabe, die gemeinschaftlichen Forschungsprojekte zu koordinieren, Impulse zu geben und für den sachgerechten Einsatz allfälliger Bundesmittel zu sorgen.

Ernst Nef

Firmennachrichten (SHAB)

Heberlein & Co. AG, in Wattwil, Bertieb einer Textildruckerei usw. Kollektivprokura zu zweien wurde erteilt an Alfredo E. Hassler, von Aarau, in Wattwil.